

Wiesbaden, den 12. Oktober 2022

Einbringungsrede
des Hessischen Ministers der Finanzen
Michael Boddenberg
zum Haushaltsentwurf 2023/2024 und
zur mittelfristigen Finanzplanung 2022 bis 2026

„Klarer Kurs in unruhigen Zeiten“

Einbringungsrede
des Hessischen Ministers der Finanzen
Michael Boddenberg
zum Haushaltsentwurf 2023/2024 und
zur mittelfristigen Finanzplanung 2022 bis 2026

„Klarer Kurs in unruhigen Zeiten“

– Es gilt das gesprochene Wort –

Sperrfrist: Redebeginn

Anrede,

heute darf ich Ihnen den Haushaltsentwurf für das Jahr 2023 und 2024 sowie die neue mittelfristige Finanzplanung bis 2026 vorstellen. Ich stehe hier mit einer starken und geschlossenen Koalition im Rücken. Unsere gemeinsame Pressekonferenz bei der Vorstellung des Haushalts hat deutlich gezeigt: Die hessische Landesregierung arbeitet in unruhigen Zeiten vertrauensvoll zusammen. Sie löst Probleme miteinander und nicht gegeneinander, wie man das andernorts beobachten kann. Für uns in Hessen gilt: Wir lösen die bestehenden Aufgaben und halten auch in unruhigen Zeiten Kurs. Genau dafür steht der Haushaltsentwurf 2023 und 2024.

Anrede,

Wir alle hatten die Hoffnung, dass nach dem langsamen Abklingen der Corona-Pandemie wieder Normalität einkehrt. Leider ist es anders gekommen. Der verbrecherische russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat den langen Frieden in Europa beendet. Der Krieg sorgt in der Ukraine für immenses Leid. Aus machtpolitischem Größenwahn zerstört Putin völlig sinnlos das Leben unzähliger Ukrainerinnen und Ukrainern.

Auch für uns in Deutschland hat der Krieg weitreichende Folgen: Drastisch in die Höhe schnellende Kosten und Preise, die Angst vor einem Blackout oder vor einer kalten Wohnung im Winter, eine hohe Zahl von Menschen, die bei uns Zuflucht suchen. Dies alles führt auch in Hessen zu Verunsicherung. Die ganz konkrete Zukunftsangst zeigt sich mittlerweile auch in vielen Wirtschaftsindekatoren.

Anrede,

Deutschland und Hessen verfügen über die politische und finanzielle Kraft, um auch dieser Krise zu trotzen. Wir profitieren davon, dass wir in den vergangenen Jahren gut gewirtschaftet haben. Zwischen 2016 und 2021 musste Hessen – trotz Corona-Pandemie – nur 2020 neue Schulden aufnehmen. In den meisten

anderen Jahren haben wir Schulden getilgt. Das ist ein Verdienst der Schuldenbremse, ohne die – davon bin ich überzeugt – das fröhliche Schuldenmachen in normalen Zeiten sich ungebremst fortgesetzt hätte. Und deshalb bin ich auch nicht bereit, die Schuldenbremse ohne Weiteres und vorschnell zur Disposition zu stellen. Angesichts der vielen Krisen kann Ihnen heute aber niemand sagen, ob das auch in Zukunft so bleiben wird.

Anrede,

wie Sie wissen, befinden sich die Länder derzeit in intensiven Verhandlungen mit dem Bund über ein drittes Energie-Entlastungspakt. Die Landesregierung hat immer wieder deutlich gemacht, dass Hessen seinen Beitrag zur Finanzierung des Entlastungspakets leisten wird. Wir brauchen dringend eine spürbare Entlastung für Menschen und Unternehmen, um die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs abzufedern. Und wir brauchen klare Regelungen, damit Menschen und Unternehmen planen können.

Wir warten in Hessen auch deshalb nicht einfach ab, bis sich die Bundesregierung endlich zu den Eckpunkten eines breiten Abwehrschirms durchgerungen hat, sondern wir werden bereits jetzt aktiv: Um die Härten der Energieknappheit abzumildern, haben wir uns Ende September auf dem Sozialgipfel gemeinsam

mit den Verbänden auf zahlreiche Hilfen verständigt. Das Gesamtpaket soll bis zu 200 Millionen Euro umfassen. Dieses Geld haben wir im Haushalt für 2023 veranschlagt. Und auch im laufenden Jahr sind wir im Rahmen des Haushalts bei unabweisbaren Mehrbedarfen selbstverständlich handlungsfähig.

Wir haben dabei neben Unternehmen und Vereinen auch diejenigen im Blick, die voraussichtlich durch das Raster der Bundesmaßnahmen fallen werden. Unterstützung wird es etwa für Vereine und die Tafeln geben. Für kleine Unternehmen, die von Liquiditätsproblemen betroffen sind, wollen wir über die WIBank eine einfache und schnelle Gewährung von Energiemikrodarlehen ermöglichen.

Anrede,

mit dem Entwurf des Doppelhaushalt 2023 und 2024 stellt sich die Landesregierung den krisenbedingten Herausforderungen.

Wir stemmen uns mit Rekordinvestitionen von jeweils mehr als 3 Milliarden Euro gegen die Krise. Die flüchtlingsbezogenen Ausgaben erhöhen wir 2023 als Reaktion auf die steigenden Flüchtlingszahlen um rund 150 Millionen Euro. Und auch wenn derzeit der Ukraine-Krieg alles überlagert, verlieren wir die anderen Krisenherde nicht aus den Augen. Wir investieren daher Rekordsummen in den Klimaschutz und wir treffen weiterhin Vorsorge

gegen ein Wiederaufflammen der Corona-Pandemie. Dazu gehört übrigens auch, dass wir für die Krankenhauslandschaft in unserem Doppelhaushalt rund 1 Milliarden Euro vorgesehen haben.

Gleichzeitig investieren wir weiter massiv in die Zukunft unseres Landes. Wir setzen dabei konsequent um, was wir uns für Hessen vorgenommen haben. Der Haushaltsentwurf legt dabei einen besonderen Akzent auf die Bereiche, die der Hessische Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung zum Schwerpunkt einer Politik für Hessen erklärt hat. Mit anderen Worten: Der Landeshaushalt ist das in Zahlen gegossene Programm dieser Regierung.

Die inhaltlichen Schwerpunkte liegen daher – neben dem Klimaschutz – vor allem bei Bildung, Sicherheit, Pflege, Digitalisierung und Infrastruktur. Was heißt das in konkreten Beispielen?

Erstens Klimaschutz: Wir schaffen die finanzielle Grundlage für den neuen Klimaplan Hessen. Dadurch sichern wir die Erreichung des ehrgeizigen hessischen Klimaschutzziels im Jahr 2030 ab. Über den gesamten Doppelhaushalt hinweg, stehen für Klimaschutzmaßnahmen rund 1,8 Milliarden Euro bereit.

Zweitens Innere Sicherheit: Zur Stärkung der Justiz werden fast 500 neue Stellen veranschlagt. Davon sind allein 100 Stellen für Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und

Staatsanwälte vorgesehen. Damit setzt die Hessische Landesregierung ein starkes Signal für einen leistungsfähigen Rechtsstaat.

Und auch die hessische Polizei wird mit diesem Haushaltsentwurf weiter personell verstärkt: Wir reden hier beispielsweise über 40 neue Stellen bei der Polizei oder 50 neue zur Bekämpfung von Kinderpornographie. Und auch den Katastrophenschutz haben wir im Blick. Wir stellen dafür 2023 einmalig 15 Millionen Euro zusätzlich bereit. Zudem stärken wir die Landesfeuerwehrschule mit 13 neue Stellen.

Drittens Bildung und Wissenschaft: Für Hessens Schulen planen wir mit insgesamt rund 4.000 neuen Stellen. Damit bauen wir zum Beispiel das Ganztagsangebot weiter aus oder tragen der hohen Zahl von ukrainischen Schulkindern Rechnung, die hier bei uns eine Zuflucht vor dem Krieg gefunden haben. An Hessens Hochschulen werden zusätzlich 120 Stellen geschaffen, um dort die Betreuungssituation zu verbessern. Hessen investiert in seine Köpfe und ist und bleibt ein erfolgreiches Bildungsland!

Zudem fördern wir die technologische Spitzenforschung in Hessen. Wir stellen zum Beispiel die erforderlichen Mittel für die Finanzierung der Teilchenbeschleuniger-Anlage FAIR zur Verfügung. Das Fair-Projekt ist eines der größten und bedeutendsten wissenschaftlichen Bauprojekte in Europa.

Mit 12 Millionen Euro pro Jahr bauen wir mit „hessian.AI“ ein eigenes Zentrum im Bereich der Künstlichen Intelligenz auf. Wir

wollen, dass der Standort Hessen auch in zukunftssträchtigen Forschungsfelder erfolgreich aufgestellt ist.

Viertens Pflege: Auf Grund der demografischen Entwicklung gewinnt das Thema Pflege für viele Menschen immer mehr an Bedeutung. Deshalb haben wir 2023 im Rahmen der Pflegestrategie Hessen zusätzlich 10 Millionen Euro veranschlagt. Damit wollen wir das Angebot in der Kurzzeit- und der Tagespflege vor allem im ländlichen Raum ausweiten.

Fünftens Digitalisierung: Für die Modernisierung unseres Landes nehmen wir im Doppelhaushalt insgesamt rund 600 Millionen Euro in die Hand. Das soll unter anderem dazu beitragen, dass Funklöcher in Hessen endlich verschwinden.

Sechstens Infrastruktur: Wir investieren weiter in den Landesstraßen- und den Radwegebau. Dafür stehen ab dem Jahr 2023 150 Millionen Euro und im Jahr 2024 sogar 170 Millionen Euro für den Straßenbau und 13 Millionen im Jahr 2023 bzw. 17 Millionen Euro im Jahr 2024 für den Radwegbau an Landesstraßen zur Verfügung.

Und wir vergessen natürlich auch nicht unsere **hessischen Kommunen**. Auf Vorschlag der Kommunalen Spitzenverbände haben wir den Revisionsbetrag, der sich nach dem Finanzausgleichsgesetz für das Jahr 2024 ergibt, gleichmäßig auf die Jahre 2023 und 2024 verteilt. Wir sprechen hier konkret von einem Betrag von 628 Millionen Euro. Das KFA-Volumen erreicht dadurch 2023 mit knapp 6,9 Milliarden Euro ein neues Rekordniveau.

Anrede,

neben diesen inhaltlichen Punkten treffen wir im Haushaltsentwurf auch Vorsorge, um bei der Beamtenbesoldung wieder schrittweise einen verfassungskonformen Zustand zu erreichen. Dafür sind zusätzliche Besoldungsanpassungen von je 3 Prozent in den Jahren 2023 und 2024, eine deutliche Anhebung der Familienzuschläge sowie der Wegfall der untersten Besoldungsstufe A 5 vorgesehen.

Es ist ein Verdienst der Doppik, dass die mit der Besoldungsanpassung verbundenen Zukunftslasten transparent gemacht werden. Wir sprechen hier ganz konkret über einen Rückstellungsaufwand von rund 5,3 Milliarden Euro allein für diese Schritte. Das unterstreicht die finanzielle Dimension der Herausforderung, vor der wir im Besoldungsbereich stehen.

Anrede,

einen weiteren Aspekt muss ich an dieser Stelle ansprechen. Wir haben uns daran gewöhnt, dass der Zinstitel praktisch eine Art Sparschwein im Landeshaushalt ist. Auf Grund der Nullzinspolitik sind die Zinsausgaben von Jahr zu Jahr gesunken. Dieser Trend wird sich ab 2024 nicht fortsetzen. Im Gegenteil: Die Zinsen könnten sich wieder zu einer der am stärksten wachsenden Ausgaben im Haushalt entwickeln. Ich bin deshalb froh, dass wir

in Hessen im Ländervergleich und auch im Vergleich zum Bund eine längere Zinsbindungsdauer haben. Dadurch werden wir voraussichtlich langsamer und moderater mit den steigenden Zinsen konfrontiert. Hier zahlt sich einmal mehr die hervorragende Arbeit unserer Schuldenverwaltung aus. Dennoch wird auch der wachsende Zinsdienst künftige Haushalte vor zusätzliche Herausforderungen stellen.

Anrede,

unter dem Strich führt das alles zu folgendem Gesamtbild: Die bereinigten Gesamtausgaben des Landes steigen im kommenden Jahr leicht um rund 0,6 Prozent und 2024 moderat um 3,1 Prozent. Dem steht ein Einnahmewachstum von rund 7 Prozent 2023 und von 2,9 Prozent 2024 gegenüber.

Die Entwicklung der Einnahmeseite wird maßgeblich von den Steuereinnahmen geprägt. Nach der Mai-Steuerschätzung konnten wir hier gegenüber unseren bisherigen Planungen mit einem kräftigen Plus rechnen. Ein großer Teil der für das kommende Jahr in Aussicht gestellten Steuermehreinnahmen fließt dabei in die Schuldenreduzierung.

Die Neuverschuldung sinkt dadurch von derzeit geplanten 987 Millionen Euro im laufenden Jahr auf null im kommenden. 2024 ist sogar eine Tilgung alter Schulden von 110 Millionen Euro vorgesehen. Hessen hält mit diesem Regierungsentwurf in

beiden Jahren die Regelgrenze der Schuldenbremse ein. Wir stärken damit das Vertrauen in die langfristige Solidität der öffentlichen Haushalte. Gleichzeitig trägt das dazu bei, inflationäre Tendenzen zu begrenzen.

Anrede,

obwohl wir in dem Haushaltsentwurf umfassend Krisenvorsorge betreiben, wird es von den weiteren Entwicklungen außerhalb Hessens abhängen, welcher Änderungsbedarf sich in den parlamentarischen Beratungen des Haushaltsentwurfs ergibt.

Mir erscheint vor allem auch mit Blick auf die derzeit noch offenen Fragen im Zusammenhang mit den Finanzierungslasten aus dem Entlastungspaket wahrscheinlich, dass noch substantielle Anpassungen am Haushalt vorgenommen werden müssen. Der Kurs der Landesregierung ist aber klar. Wir werden weiterhin darauf achten, dass die Finanzpolitik die notwendige Balance zwischen erforderlichen Zukunftsinvestitionen, notwendigen Krisenbewältigungsmaßnahmen und soliden Staatsfinanzen wahrt.

Und an die demokratischen Kräfte in diesem Haus gerichtet sage ich: Lassen Sie uns diese Krise gemeinsam bewältigen. Natürlich werden Sie den Haushaltsplanentwurf kritisieren. Die Resonanz auf den Sozialgipfel hat mich aber darin bestärkt, dass wir

in den Grundfragen der Politik gerade in diesen schwierigen Zeiten zusammenstehen können und zusammenstehen sollten. Hierfür reiche ich meine Hand.

Anrede,

am Ende gestatten Sie mir noch, mich bei den vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in allen Häusern zu bedanken, die an der Erstellung des Haushaltsentwurfs und der Finanzplanung mitgewirkt haben. Angesichts des Dauerkrisenmodus, in dem sich die Finanzpolitik seit 2020 nahezu durchgängig befindet und der zusätzlichen Anforderungen durch die Einführung der neuen Landeshaushaltsordnung haben sie Herausragendes geleistet!

Ich freue mich auf die parlamentarische Beratung und bitte um Ihre Zustimmung zum vorliegenden Zahlenwerk.